

# Erneute Schlappe für Bund der Steuerzahler

Die Stadt Zürich erweist sich für den SVP-nahen Bund der Steuerzahler als hartes Pflaster. Seit seinem grössten Erfolg, der Vorlage für eine Reduktion der Stadtratslöhne auf 220 000 Franken, will dem Bund in der Kommunalpolitik nichts mehr gelingen. Er kämpfte erfolglos gegen die Erhöhung der städtischen Subventionen ans Schauspielhaus und gegen einen einmaligen Beitrag zur Tilgung der Kostenüberschreitung beim Schiffbau; die Stimmberechtigten stimmten im Juni beiden Vorlagen zu. Danach blitzten die «Steuerzahler» vor Bundesgericht ab mit einer Strafanzeige gegen Elmar Ledergerber, der an einer «Vote-in»-Party zur Uno-Abstimmung teilgenommen hatte. Und der Bezirksrat wies eine Aufsichtsbeschwerde im Zusammenhang mit der Umsetzung der 220 000-Franken-Volksinitiative ab.

Nun hat der Bund der Steuerzahler erneut eine Schlappe eingefahren: Die Volksinitiative für «eine schlankere Stadtregierung» ist von beinahe zwei Dritteln der Stimmberechtigten klipp und klar abgelehnt worden. Zu durchsichtig war das Spiel des Bunds, zu destruktiv das Begehren, das zu einer Zeit lanciert worden war, als die Stadt einen Bilanzfehlbetrag von fast 1,5 Milliarden Franken hatte, der heute abgebaut ist. Es ging den

Exponenten damals wie auch heute vor allem um eines: dem Stadtrat eins auszuwischen. Die Reduktion der Stadtverwaltung von 9 Departementen auf deren 5, wie dies der Bund der Steuerzahler gefordert hatte, wäre einem Kahlschlag in der Führung gleichgekommen. Es wären riesige Einheiten mit neuen grossen Stäben an Kaderleuten und Koordinatoren entstanden, die dem Sparziel der Initiative zuwidergelaufen wären. Die Stimmberechtigten haben mit ihrem Verdikt kundgetan, dass sie sich keine «gesichtslose» Verwaltung wünschen, sondern die Bürgernähe der Stadtratsmitglieder.

Immerhin hat die Volksinitiative den Druck auf den Stadtpräsidenten und seine Kollegen in der Exekutive erhöht, die von sich aus der Stadtverwaltung neue Strukturen geben wollen. Die Stichworte lauten «7 statt 9 Departemente» und mehr Effizienz dank mehr Synergien. Eine solche Reform kann nur von innen her entstehen und nicht durch den Druck von aussen in Form einer effekthascherischen Volksinitiative. Nach dieser erneuten Niederlage sollte der Bund der Steuerzahler vielleicht einmal ernsthaft über die Bücher gehen, bevor er die Stimmberechtigten mit neuen Initiativen zur Urne bemüht.